

Hinweis: Nächste Jahresversammlung + Seminar „KLIMA MACHT KRIEG“ findet statt
in München vom 30. 1. bis 1. 2. 2009

Women's International League for Peace and Freedom Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit WILPF-IFFF

Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ECOSOC, UNCTAD und UNESCO
Sonderberaterstatus bei FAO, ILO und UNICEF
- Deutsche Sektion -

Neuburg, 9. September 2008



Protestaktionen beim
Atomwaffenlager Büchel

Liebe IFFF-Frauen,

in der Radio Lora Sendung am 4. August rief ich zum Hiroshimatomag auf (siehe auch WILPF-Erklärung, Anhang 1) und berichtete von unserer Münchner Veranstaltung mit Dr. Nina Althoff zum Thema: „Armut und Menschenrechte“, uns faszinierte in einer angeregten Diskussion besonders der Gedanke, dass das Menschenrecht auf einen angemessenen Wohlstand den Menschen die Würde zurückgibt und sie nicht der Gnade der Wohlfahrt unterwirft. Dazu sandte ich die Interviews mit den OrganisatorInnen der Kampagne „Atomwaffenfrei“ zur Aktionswoche in Büchel, um die Münchner zur Teilnahme beziehungsweise zu Spenden aufzurufen (siehe unter www.atomwaffenfrei.de).

Druckschrift Einsatz Nr. 03, Juni 2008, Seite 5

Zitat aus der sogenannten Taschenkarte für Bundeswehrosoldaten:

"Insbesondere der Einsatz folgender Kampfmittel ist deutsche Soldaten bzw. Soldatinnen verboten: Antipersonenminen, atomare Waffen, biologische Waffen und chemische Waffen."

Die Piloten der Jagdbomber in Büchel werden von der Bundeswehr also bezahlt, im Frieden damit zu üben, was ihnen im Krieg völkerrechtlich verboten wäre - den Einsatz von Atomwaffen, vermutet werden ca. 20 atomare Sprengköpfe. Das nennt sich dann „nukleare Teilhabe“ bei der NATO.

Von den vielfältigen Aktionen in Büchel, an deren Vorbereitung ich drei Tage teilnahm, habe ich euch das Clownsfoto mitgebracht, junge Menschen aus aller Welt nahmen dort am internationalen Workcamp teil, bereiteten Aktionen und Theaterszenen vor, bastelten Raketenkostüme, malten Plakate. Täglich wurde der letzte Atomwaffenstützpunkt Deutschlands zu Fuß und auch zu Rad umrundet. Mit 2000 DemonstrantInnen bei der Abschlusskundgebung war es die größte Demo, die Büchel seit langem gesehen hat, es gab Kehraktionen und Fotoshootings mit Besen – zum krönenden Abschluss ein Konzert mit Nina Hagen - leider fuhr mein Bus schon vorher! Die Proteste vor dem Atomwaffenlager Büchel sind auf ein großes Medieninteresse gestoßen, erfreulich viele Redaktionen berichteten über die Demonstration,

die vorausgehende Protestwoche und die gewaltfreien Aktionen zivilen Ungehorsams und rücken das verdrängte Thema „Atomare Abrüstung“ wieder in die Öffentlichkeit. Auch Einheimische kamen an meinen Infostand, nach einer aggressiven Anmache, wir würden hier die Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Gegend zerstören, zeigte sich im längeren Gespräch, dass sie eigentlich auf Informationen aus waren, die Angehörigen sind beunruhigt, weil sich in der Gegend Krebsfälle bei Bundeswehrangestellungen häufen.

Xavier Renou (www.desobeir.net) berichtete von der Modernisierung der französischen Atomwaffen auf Grund der Nato-Doktrin der nuklearen Erstschlagfähigkeit. Die neuen M51 Raketen (eine à 150.000 €, 50 – 60 sind bestellt!) sollen mit Mini-Nukes bestückt werden, die vor allem auch in der Bevölkerung besser vermittelbar sind als die Atombomben von früher –nach Chirac bestens geeignet für den Kampf um Ressourcen und gegen den Terrorismus! Die Reichweite wird geheim gehalten, jedoch behauptete Chefingenieur Christophe Fournier, sie sei so gestaltet, dass „kein einziger Punkt des Planeten“ außerhalb der französischen Abschreckungskapazitäten liege!! Angie Zelter, Großbritannien, alter-native Nobelpreisträgerin und gewaltfreie Aktivistin gegen Trident/Faslane in Schottland, gab an, dass Großbritannien bis zum Jahre 2055 117 Milliarden € für Atomwaffen ausgeben will und erstmals eigene Atomwaffen entwickelt. Hans Lammerant aus Belgien (www.bombspotting.be) wollte uns vor allem noch einmal daran erinnern, dass es hier nicht um nationale Armeen geht, sondern dass (West-)Europa Krieg führt gegen Irak und Afghanisten, dass die EU eine offensive Militärmaschinerie in der NATO bildet und seine nuklearen Arsenale aufrüstet.

Auch unser Büro in Genf ist der Meinung, dass die im kommenden Jahr zu erwartenden Feierlichkeiten zu 60 Jahre Nato in Kehl und Strasbourg nach Gegenmaßnahmen (3. – 4. April 2009) rufen, so habe ich an dem vorbereitenden Treffen der Friedensbewegung in Frankfurt (7. 9.) teilgenommen und werde auch das internationale Treffen in Stuttgart (3./4. 10.) besuchen. Die immer wieder beschworene Geschlossenheit in der Sache durch die unterschiedlichen deutschen Friedensorganisationen am Sonntag in Frankfurt lässt auf einen großen Gegengipfel hoffen.

Der Ausbruch des Krieges im Kaukasus (siehe Erklärung der WILPF zu Georgien, Anlage 2), der in unseren Medien teilweise sehr eindimensional antirussisch dargestellt wurde, hat vielfältige Ursachen, das Interesse der NATO am Standort und den Ressourcen der Gegend und die daraufhin erfolgte Aufrüstung Georgiens haben großen Anteil daran. Marion Böker berichtete von einer UNDP-Tagung im Frühjahr, bei der die Frauen schon vor Ausbruch des Krieges die hohen Belastungen aus der einseitigen Budgetierung zugunsten der NATO-Fähigkeit klagten, die zu Lasten der Kindergärten, Kinderbetreuung und Gesundheitsleistungen gingen.

Neuigkeiten aus WILPF/IFFF in Kürze:

- ❖ Die von Nina ins deutsche übersetzten WILPF-Erklärungen zu Hiroshima und zu Georgien findet ihr im Anhang.
- ❖ Eine Arbeitsgruppe arbeitet zusammen mit dem Vorstand schon länger an der neuen Website www.wilpf.de, www.internationalefrauenliga.de, diese wird nun online gestellt, bitte schaut euch die Seite an. Über Rückmeldungen und konstruktive Vorschläge, wo ihr euch Ergänzungen wünscht, freuen wir uns.
- ❖ Trotz des reichhaltigen Angebots am Buffet (danke vor allem der Gastgeberin Eleonore Broitzmann!) hat die Münchner Gruppe auf ihrem Sommerfest am 9. August an den Texten für die Website herumgefeilt.
- ❖ Wir haben uns der Initiative „Vorrang für Zivil“ angeschlossen (www.vorrang-zivil.de) und unterstützen Pro Asyl bei der Kampagne gegen das Sterben an den EU-Außengrenzen (www.proasyl.de).
- ❖ 12. 9. Treffen Münchner Gruppe: Vorbereitung IB/Section report usw.
- ❖ 15. 9. Berlin Treffen der IFFF-Berlin

- ❖ 17. – 21. 9. Malmö: Sozialforum, dort auch Seminare von WILPF (Schweden) und Treffen bezüglich des internationalen Anti-Nato-Gegengipfel
- ❖ Bis dahin sollten auch die Wahlprüfsteine für die EU-Wahl der Europäischen Sektionen fertig sein; der bisher vorliegende Vorschlag enthielt vorwiegend eine etwas brave Analyse der Ist-Situation, ein deutscher Vorstoß für klare Forderungen (Heidi Meinzolt) bekam viel Anerkennung und wird derzeit ausgebaut
- ❖ 26. 12., 19.30 bis 21.00, Rathaus Schöneberg, siehe beiliegende Einladung:
140 Jahre Lida Gustava Heymann & Projekt 1000 Frauen für Frieden
- ❖ 1. Oktober Anmeldung Genf für International Board, deadline Section report, Resolutionen,
- ❖ 21.10. München, Thema Frauenhandel, mit Film (Eleonore Broitzmann)
- ❖ 9. 11., 11.00 Uhr München, Frauenfrühstück mit Barbara Lochbihler: „Frauenrechte sind Menschenrechte“
- ❖ 19.- 24. November: International Board in Genf
- ❖ 20. 11. München, 19.30 Elisabeth Geißler: „Frieden hat seinen Preis“
- ❖ 3.12. München Liederabend: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“
- ❖ 10.12. Berlin, evtl. Teilnahme von IFFF am „Markt der Möglichkeiten“

Aus (der Friedensbewegung in) Deutschland gibt es auch einiges zu berichten:

- ❖ 12. – 14. 9. „Kultur des Friedens, IPPNW Kongress, Berlin, www.ippnw.de
- ❖ 20. 9: Bitte beteiligt euch an den Demonstrationen „Dem Frieden eine Chance- Truppen raus aus Afghanistan! Keine Mandatsverlängerung für die Bundeswehr!“ in Berlin und Stuttgart, von München wird ein Bus fahren, die Augsburger verabreden sich zu Wochenendtickets.
Petition unterzeichnen:
www.dfg-vk.de/thematisches/afghanistankampagne/2008/221
- ❖ 3.-4. Oktober: Vorbereitungskonferenz „60JahreNato“ in Stuttgart
- ❖ 8./9. 11. IMI-Kongress
- ❖ 17./18. Oktober: Ulm-Stuttgart: 25 Jahre Menschenkette
- ❖ 8./ 9. November: IMI-Kongress 2008 „Kriegsbündnis NATO“ Tübingen
- ❖ 6./7. 12. Friedensratschlag Uni Kassel: „Die Welt nach Bush- friedlicher...?“

Anregungen, Wünsche, Kritik, Beiträge zum Rundbrief sind wie immer willkommen.

Vandana Shiva (aus dem Medico-Rundschreiben 07/ 08):

“Wenn wir realisieren, dass Vielfalt kein Hindernis für die Solidarität darstellt, werden sich ganz neue Wege öffnen, auf dieser Welt zu leben. Wir nennen es „Erdendemokratie“. Wir müssen das Definitionsrecht, was Menschsein auf diesem Planeten im Jahr 2008 bedeutet, zurückfordern. Dabei müssen wir alle mit einbeziehen, denen Nahrung verweigert wird, oder die Opfer ungerechter Kriege sind, die auf diesem Planeten geführt werden. Und während wir alle gemeinsam solidarisch nach einer Lösung suchen, müssen wir unerschrocken gegen den Diebstahl unseres gemeinsamen Reichtums, unserer Commons, vorgehen. Der letzte Widerstand ist der Widerstand gegen die Angst. Wir müssen klarmachen, dass wir nur die Gesetze anerkennen, die auf Gerechtigkeit und Ökologie basieren und nicht die der Konzerne....wir können uns nicht leisten, dass das Prinzip der Angst die Welt beherrscht, als letzter Weg, um eine Menschheit, die sich nach Freiheit, Gemeinsamkeit und Solidarität sehnt, zum Schweigen zu bringen.“

in diesem Sinne Mut wünscht euch

Irmgard Heilberger

WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM - WILPF
INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT IFFF Deutsche Sektion
Dr. Nina Althoff | Grünberger Straße 17 | 10243 Berlin | 030-54 71 97 07 | althoff@wilpf.de



LIEBE LIGAFRAUEN,

ich freue mich zwischenzeitlich Gelegenheit gehabt zu haben, sowohl die Münchner Gruppe als auch weitere Berliner Ligafrauen kennen zu lernen.

Vielen Dank an die Gruppe München und insbesondere an Brigitte Obermeyer für die Einladung am 22. Juli ins Eine-Welt-Haus, wo ich zu dem Thema „**ARMUT UND MENSCHENRECHTE**“ berichtet und vorgetragen habe – Irmgard Heilberger hat das oben bereits erwähnt. In der anschließenden Diskussion haben wir gemeinsam beschlossen, dieses Themenfeld weiter zu verfolgen und zum 17. Oktober - dem Internationalen Tag der Armutsbekämpfung - eine entsprechende Pressemitteilung rauszugeben. Mehr hierzu erfährt Ihr im nächsten Rundbrief.

Dem Thema Armutsbekämpfung widmete sich auch die von der IFFF mitunterzeichnete **Stellungnahme des Forum Menschenrechte** an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für die im Februar 2009 vorgesehene Überprüfung Deutschlands im UPR-Verfahren (Universal Periodic Review/Universelle Periodische Überprüfung). In der Stellungnahme fordert das Forum eine entschiedeneren Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Armut, wie gesellschaftliche Ausgrenzung, schlechtere Gesundheitsversorgung und mangelnde Bildungschancen – und der damit einhergehenden Einschränkung oder gar Verletzung etwa des Rechts auf Gesundheit oder des Rechts auf Bildung.

Das **UPR-Verfahren** ist ein neues Kontrollverfahren des UN-Menschenrates, mit dessen Hilfe jeder Mitgliedstaat der Vereinten Nationen periodisch hinsichtlich der Menschenrechtssituation überprüft wird. Auf der Basis eines Berichts des Staates selbst und zweier Berichte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR), die zum einen Empfehlungen der Fachausschüsse, Sonderberichterstatter etc. und zum anderen Stellungnahmen von NGOs, Nationalen Menschenrechtsinstitutionen und anderen zusammenfassen, sowie auf der Grundlage einer Befragung des Staates werden Empfehlungen – auch anderer Mitgliedsstaaten - an den betreffenden Staat formuliert.

Themen der Gespräche und Diskussionen bei unserem Berliner Ligatreffen am 11. August waren neben der Kampagne „**Vorrang für Zivil**“, die sich für Alternativen zu Militäreinsätzen zur Bewältigung von Krisen und zur Einleitung nachhaltiger Friedensprozesse einsetzt (www.vorrang-fuer-zivil.de), insbesondere die besorgniserregende Situation in Georgien sowie das Thema Straflosigkeit. Dabei ging es auch um die **Festnahme von Radovan Karadzic**, dem früheren Führer der bosnischen Serben. Karadzic gilt neben Ratko Mladic als Hauptverantwortlicher für das Massaker von Srebrenica, bei dem 1995 bosnisch-serbische Truppen 8000 muslimische Männer und Jungen töteten und welches von den Anklägern des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien der Vereinten Nationen (ICTY) als Völkermord eingestuft wird. Karadzic ist u.a. angeklagt für Völkermord, Ausrottung, Mord, vorsätzliche Tötung, Verfolgung, Deportationen und unmenschliche Handlungen.



Bild links: Dienstgebäude des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag (ICTY)

Die Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale fordert, der Chefankläger des so genannten Kriegsverbrechertribunals für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) solle den Straftatbestand der sexualisierten Gewalt als eigenständigen Punkt in die Anklageschrift gegen Karadzic aufnehmen. Dieser Forderung haben sich etliche Organisationen und Vereinigungen, wie etwa der Juristinnenbund sowie die IFFF, angeschlossen. Insbesondere im Krieg im ehemaligen Jugoslawien wurden Gewalttaten gegen Frauen systematisch begangen und als Mittel zur Kriegsführung eingesetzt. In diesem Zusammenhang sei auf die vom UN-Sicherheitsrat erst kürzlich am 19. Juni einstimmig angenommene **RESOLUTION 1820 ZU GEWALT GEGEN FRAUEN IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN** hingewiesen. Die Resolution fordert alle Kriegs- und Konfliktparteien auf, "sofort jede Form von sexueller Gewalt gegen Zivilisten, einschließlich Frauen und Mädchen, ein-

zustellen und Maßnahmen zu deren Schutz zu ergreifen." Der Sicherheitsrat droht mit strafrechtlicher Verfolgung derartiger Verbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof, indem er ausdrücklich darauf hinweist, "dass Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Bestandteil von Völkermord geahndet werden können." In der Resolution behält sich der Sicherheitsrat angemessene Maßnahmen zur Prävention sexueller Gewalt vor und fordert den UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zur Ausarbeitung eines Aktionsplans auf. Die Resolution ist in der deutschen Übersetzung auf der Webseite des Auswärtigen Amtes abrufbar (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/Frauen-Res1820.pdf>).

Die grundsätzliche Frage nach dem Sinn und Zweck des **KAMPFES GEGEN STRAFLOSIGKEIT** und der Bestrafung derartiger Verbrechen wird immer wieder und kann auch in diesem Zusammenhang wieder gestellt werden. Bei den Verbrechen des Völkerstrafrechts, wie Genozid, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aggressionsverbrechen handelt es sich um besonders schwerwiegende Angriffe gegen grundlegende Werte der Völkergemeinschaft, wie dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit. Ihre Ahndung ist nicht nur Gebot elementarer Gerechtigkeit und dient der Aufklärung und Archivierung derartiger Verbrechen, sondern ist insbesondere auch zur Verhinderung zukünftiger Verbrechen notwendig. So wird auch in der Präambel des Römischen Statuts zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag der Wille der Staatengemeinschaft bekräftigt, „der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen und so zur Verhütung solcher Verbrechen beizutragen“. Dabei geht es zum einen um die Abschreckung des einzelnen und zum anderen um eine gesamtgesellschaftliche Bewusstseinsbildung in Bezug auf das Völkerrecht im Sinne einer Stärkung des Vertrauens in und der Achtung für das System des Völkerrechts. Auch durch die Betonung des Sicherheitsrates in der Resolution 1820, dass Vergewaltigung und der Einsatz sexueller Gewalt eine Völkerstraftat darstellen können, kann ein Beitrag zur Prävention derartiger Menschenrechtsverbrechen geleistet werden. Zum Einsatz für die Umsetzung der neuen Resolution 1820 in Ergänzung zur Resolution 1325 sind nun auch wir aufgefordert.

Schließlich möchte ich noch herzlich einladen zu unserem nächsten Berliner Ligatreffen am **15. September um 19:00 Uhr zum Austausch und Gespräch im Haus der Demokratie und Menschen-**

rechte in der Greifswalder Str. 4 in 10405 Berlin, 2ter Hinterhof, 5. Stock. Das Haus der Demokratie und Menschenrechte erreicht Ihr mit der Tramlinie M4 sowie den Buslinien 200 und 240. Haltestelle ist jeweils "Am Friedrichshain".

Herzliche Grüße sende ich an Euch alle und verbleibe bis bald

NINA ALTHOFF

A message from London – eine Nachricht aus London von unserem Liga-Mitglied **Nouria Ali-Tani** mit Berichten und Grüßen von der Insel:

Meine lieben WILPF Frauen in Deutschland, ich sende Euch viele liebe Grüße aus London, wo ich seit Ende April lebe und als Praktikantin beim World Future Council (www.worldfuturecouncil.org) arbeite. Die Zeilen an Euch habe ich seit langem in meinem Kopf, aber life is quite challenging, expensive and busy here and time is running fast... Die Arbeit für den World Future Council ist unheimlich interessant. Ich bin ein Teil der Future Justice Commission. Momentan arbeiten wir an einem Strategiepapier zu den „Rights of Future Generations“, an einer Definition von „Crimes against Future Generations“ mit dem Ziel, diese als fundamentale Verbrechen auf die Agenda des Rom Statuts zu bringen, und an einem Policy Award für nationale beste politische Lösungen. Im nächsten Jahr wird der Preis zum ersten Mal und für den Bereich „Food Security and Sovereignty“ verliehen werden. Leider endet das Praktikum im Oktober, so dass ich schon nach neuen interessanten Möglichkeiten hier in London oder auch anderswo in der Welt Ausschau halte.

Einige sehr interessante internationale Frauennetzwerke haben ihren Hauptsitz hier in London. Ich habe ihre Büros besucht, an Veranstaltungen teilgenommen und bin sehr beeindruckt von der Arbeit der Frauen, die zumeist aus allen Regionen der Welt hier in London zusammengefunden haben. Ich möchte Euch gerne auf die Arbeit von Women Living Under Muslim Laws - WLUML (www.wluml.org) und dem International Action Network on Small Arms - IANSA (www.iansa.org) aufmerksam machen. Vielleicht kann die eine oder andere von Euch aus der Fülle an Informationen und Dokumenten der Internetseiten für persönliche Arbeiten schöpfen.

Auch mit der WILPF Sektion London hatten wir vor der Sommerpause einige anregende Programmpunkte. Noch im Mai marschierten wir mit ca. 20 Frauen angeleitet von einem (männlichen) Londonführer durch die City. Wir folgten den Spuren von Frauen, die in vergangenen Jahrhunderten für Rechte und Freiheit, für Bildung und Partizipation gekämpft haben und den Weg für uns Frauen heute bereiteten. Von Blumen für die Sufragettenbewegung über eine Besenkammer in den Katakomben der Houses of Parliaments hatten wir wirklich viel Spass. Auch der „Violence against Women workshop“ war gut besucht und viel zu kurz für die Fülle an Informationen, die vor allem die jungen Mitglieder der Sektion zusammengetragen hatten. Das erste Halbjahr endete dann mit einem Fundraising Dinner in Bloomsbury, in dem Appartement von Martha Jean Baker. Die Idee des Fundraising Dinners finde ich sehr spannend, noch ausbaufähig und nach Deutschland übertragbar! Was haltet Ihr von Friedensgesprächen kombiniert mit Fundraising Dinner: Rede zu einem spezifischem Thema, Informationen über WILPF, Netzwerken, Werben, Fundraising, gutes Essen und Spass? Vielleicht für die Berliner oder Münchener Gruppen?

Doch nun steht erst einmal die Auseinandersetzung mit der WILPF Publication on European Security Policy, dem kommenden International Board Meeting und dessen fragwürdiger Agenda, der mangelnden Transparenz des Arbeitsprogramms von unserem gegenwärtigen Präsidentinnenpaar und die Suche nach kreativen Ideen für WILPFs Zukunft an. Und für mich auch ganz dringend die Suche nach einer neuen Bleibe hier in London und nach einem neuen anregenden Arbeitsfeld....

Habt einen guten, energiegeladenen Start in den Herbst!
Eure Nouria

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)
Women's International League for Peace and Freedom
WILPF-IFFF

Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ECOSOC, UNCTAD und UNESCO
 www.internationalefrauenliga.de

Veranstaltungsplan der Gruppe München Herbst 2008

Datum	Zeit	Thema	Ort
20.09.08	8.00	Fahrt zur Großdemonstration nach Stuttgart: Bundeswehr raus aus Afghanistan	Abfahrt EineWeltHaus
21.10.08	19.30	Veranstaltungsreihe 60 Jahre Menschenrechte <u>Eleonore Broitzmann:</u> Frauenhandel – Menschenhandel mit einem Filmbeitrag von Marion Pfeifer	EineWeltHaus Raum U20
09.11.08	11.00	Veranstaltungsreihe 60 Jahre Menschenrechte <u>Barbara Lochbihler:</u> Frauenrechte sind Menschenrechte Treffen zum Frühstück	Galerie & Caf'è Käthe- Gebssattelsr. 34 81541 München/Au
20.11.08	19.30	Münchener Friedenswochen <u>Elisabeth Geißler:</u> Friede hat seinen Preis - Literarisches Potpourri im Rahmen der Friedenswochen	EineWeltHaus Raum U20
03.12.08	19.30	Veranstaltungsreihe 60 Jahre Menschenrechte Liederabend: Die Würde des Menschen ist unantastbar <u>Marion Brülls und Peter Papritz</u> mit Texten des Frauenforums Aichach/Friedberg	SeidlVilla Nikolaiplatz 1b 80802 München

 WILPF/IFFF: Schwanthaler Str. 80, RGB, 80336 München, Tel. 089/85 63 75 -0, Fax: 089/85 63 75- 12
 Bankverbindung: IFFF Kto. 413 58 -203 Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20,
 -Spenden sind steuerlich abzugsfähig-

Und zu guter Letzt noch ein spannender Veranstaltungshinweis und eine Einladung von dem IFFF-Mitglied Marion Böker für **Freitag, 26. September, 19.30 - 21.00 Uhr:**

**Das Wahlrecht haben wir - den Frieden noch nicht! - 140 Jahre Lida Gustava Heymann –
 90 Jahre Frauenwahlrecht & 1000 FriedensFrauen**

mit Sabine Hoffkamp (Hamburg) : Das Leben von Lida Gustava Heymann und
 Margret Otto (Berlin) : Frauennetzwerk für Frieden e.V.: 1000 FriedensFrauen

„Frauen wie Lida Gustava Heymann (1868-1943) haben das Wahlrecht für Frauen vor 90 Jahren miterkämpft. Sie hat sich für Frieden eingesetzt und 1915 in Den Haag die erste Internationale Frauenfriedensorganisation (WILPF) mitbegründet, die eine Internationale Friedensorganisation- etwa wie die heutige UN, nur besser - unter Mitwirkung der Frauen an der Friedensbildung forderte. Bis heute entscheiden Frauen nur in Ausnahmefällen über Krisen, bewaffnete Konflikte, Kriege und deren Beendigung, Friedensverträge, Abrüstung und Prävention, obwohl ihnen das die UNO-Resolution 1325 (2000) garantiert. Auch wenn der Friedensnobelpreis mehrheitlich Männern vorbehalten ist: zu jeder Zeit gab und gibt es mutige Aktivistinnen wie die im Einzelportrait mit einem Lichtbildervortrag vorgestellte Lida Gustava Heymann. Das Projekt 1000 FriedensFrauen hat diese sichtbar gemacht, so dass nun auch Frauen geehrt werden können. Die Veranstaltung soll einen Bogen vom Einzelportrait hin zu dem ermutigenden bunten Bild der 1000 zum Teil noch lebenden FriedensFrauen spannen und Mut zum eigenen Engagement machen.“ **Veranstaltungsort:** Rathaus Schöneberg, 10820 Berlin, Kennedy-Saal (R. 1110), 1. OG (Anfahrt: U4- Rathaus Schöneberg). **Programm:** zum Download unter <http://www.staatsbuengerinnen.org/>; **Anmeldung:** marion.boeker@gmx.de oder 030-41 70 20 11.



Anhang 1

Erklärung der WILPF zum 63-jährigen Jahrestag der Atombombardements auf Hiroshima und Nagasaki vom 21. Juli 2008

Generalsekretariat - Susi Snyder - Women's International League for Peace and Freedom

Der 6. und 9. August stehen für die Jahrestage der Atombombardements auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA. Zwei nukleare Bomben, die von der militärischen Weltsupermacht vorsätzlich auf die beiden Städte in Japan abgeworfen wurden, töteten 200.000 Zivilisten bis zum Ende des Jahres 1945 und viele mehr in den folgenden Jahren durch Krebs, Mutationen und Geburtsfehler, lösten ein Wettrüsten irrsinnigen Ausmaßes aus und unterstützten eine hyper-militaristische Weltordnung, mit der wir heute gemeinschaftlich geplagt sind.

Am 6. und 9. August gedenkt die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (*Women's International League for Peace and Freedom, WILPF*) mit Schrecken der Zerstörung und Verwüstung, die über Hiroshima und Nagasaki gebracht wurden. Und jeden Tag des Jahres arbeitet WILPF mit ihrem Projekt *Reaching Critical Will*, um zu verhindern, dass nukleare Waffen jemals wieder eingesetzt werden. Das Projekt *Reaching Critical Will* unterstützt durch Informationsverbreitung, Untersuchungen und Grundlagenberichte eine gesteigerte Vorbereitung und Teilnahme von Nichtregierungsorganisationen in Abrüstungsbeziehungen. Jeden Tag arbeitet WILPF auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene zur Förderung der Bedingungen, Werte und Kraft, die notwendig sind, um Kernwaffen von unserem Planeten zu eliminieren.

Die Entwicklung und Erhaltung von nuklearen Waffen besitzen ein anhaltendes Vermächtnis der Zerstörung; eine Last, die hauptsächlich von den marginalisierten Menschen weltweit getragen wird, insbesondere von indigenen Völkern. Beispielsweise hat Frankreich zwischen 1966 und 1996 insgesamt 41 Atombombenversuche in der Atmosphäre und 142 unterirdische Atombombenversuche auf Mururoa durchgeführt. US-amerikanische Atomwaffentests im Pazifik zwischen 1946 und 1958 setzten eine zerstörerische Kraft frei, die einer 1 ½ fachen großen Hiroshimabombe pro Tag während dieser 12 Jahre entsprechen und radioaktive Kontamination sowie eine Infrastruktur für eine militärische Kolonisation zurück ließen. 2008 strebt die US militärische Neuausrichtung im Asien-Pazifik-Raum danach 60 Prozent ihrer Pazifik Flotte in und um Guam zu stationieren, durch - wie Aktivisten dieses „inoffiziellen US Territoriums“ es beschreiben - einen „Sturm der US Militarisierung so gewaltig in seiner Größe, so unberechenbar in seiner Natur und so unumkehrbar in seinen Konsequenzen“, dass es die fundamentalen und unabdingbaren Menschenrechte der Selbstbestimmung des indigenen Chamoro Volks bedroht.

Zusammen mit den weltweiten Militärstützpunkten verhindert die Ausweitung des Militärindustriekomplexes einen langfristigen und nachhaltigen Erfolg in der nuklearen Abrüstung. Billionen Dollar werden jedes Jahr in Militärtruppen, Ausrüstung, moderne Technologien und Kriege investiert. Ein großer Teil dieses Geldes ist in eine Militär- und Unternehmensstruktur eingebettet, die die Erhaltung und Erneuerung von nuklearen Waffen unterstützt. Kriegsgewinnmacher – insbesondere Bechtel, British Nuclear Fuels Limited, Lockheed Martin, Mitsubishi, Raytheon und die Universität Kalifornien – profitieren von der anhaltenden Entwicklung und Erhaltung von nuklearen Waffen und ihrer Trägersysteme.

Heute existieren ungefähr 27.000 Atomsprengköpfe, die meisten davon in den Waffenlagern der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – China, Frankreich, Russland, Großbritannien und den USA –, der Staaten, die angeblich für die Fortentwicklung und Aufrechterhaltung von Frieden zuständig sind.

Die Regierungen der meisten dieser Staaten planen die Modernisierung ihrer nuklearen Waffen und Trägersysteme in andauernder Verletzung von Artikel VI des Atomwaffensperrvertrags (NVV, *Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, NPT*), der lautet: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung.“ Drei Staaten, die nicht Vertragsstaaten sind - Indien, Israel und Pakistan – verfügen ebenfalls über Atomwaffen und fünf atomwaffenfreie Staaten – Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und Türkei – beherbergen ebenfalls in Verletzung des NVV ungefähr 240 US-amerikanische Atomwaffen auf ihrem Gebiet gemäß dem Strategischen Konzept der NATO (Nordatlantikvertrag-Organisation, *North Atlantic Treaty Organization*).

WILPF setzt sich für die Aufdeckung der Bedrohung ein, die die scheinheilige Politik dieser Staaten für die Welt darstellt, sowie für die Erzielung von Bekenntnissen für eine alternative Zukunft, eine Welt ohne Atomwaffen. Der einzige Weg zu diesem Ziel ist die vollständige Umsetzung der 1946 angenommenen Resolution der UN-Generalversammlung - die vollständige und universelle Abrüstung aller Atomwaffen. Die Welt benötigt nachweisbare und unabänderliche Reduzierungen der nuklearen Arsenale und die Verhandlung einer Atomwaffenkonvention. WILPF fordert dringend alle Regierungen und Bürger zur bedingungslosen Ablehnung aller Argumente auf, die für die fortwährende Existenz von Kernwaffen vorgebracht werden und ermutigt alle sich für die Beseitigung aller nuklearer Arsenale und für die Umlenkung der Kernwaffenausgaben einzusetzen, um den ökologischen, sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und Bildungs-Notwendigkeiten begegnen zu können.

WILPF fordert alle NVV Atommächte dazu auf, ihre Vertragspflichten vollständig umzusetzen und die Modernisierung ihrer Arsenale einzustellen - als einen Schritt zur Verfolgung ihrer redlichen Absicht und dem ultimativen Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt. Wir fordern außerdem alle Atomwaffenstaaten, die noch nicht Vertragsstaaten des NVV sind - Indien, Israel und Pakistan -, dazu auf, nachweisbar ihre nuklearen Waffen abzurüsten und dem NVV als atomwaffenfreie Staaten beizutreten. Wir fordern diese Staaten dazu auf, die Ratifizierung und Verhandlung der relevanten Verträge, einschließlich des umfassenden Abkommens zum Atomwaffentestverbot, eine Konvention zum Verbot der Produktion von Spaltmaterial und eine Atomwaffenkonvention, durch Wort und Tat zu unterstützen.

WILPF begrüßt den jüngsten Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Großbritannien, welche dort seit 1954 stationiert waren. Wir fordern alle atomwaffenfreien Staaten, die derzeit nukleare Waffen beherbergen, dazu auf, die sofortige Entfernung zu fordern und die Stationierung dieser Waffen auf anderen Fremdgebieten zu verhindern. WILPF fordert außerdem alle Staaten unter dem US nuklearen Schirm dazu auf, die angebotene „Sicherheit“ unter bilateralen Vereinbarungen mit den USA abzulehnen, um die nukleare Abrüstungsbewegung vollständig zu unterstützen. WILPF fordert insbesondere die japanische Regierung dazu auf, den US nuklearen Schirm aufzugeben und Artikel 9 der japanischen Verfassung zu respektieren, der den Krieg und die Verwendung oder die Androhung von Gewalt als Grundlage für die Verursachung von internationalen Konflikten ablehnt. Gleichzeitig begrüßt WILPF die Ankündigung des ehemaligen japanischen Umwelt- und Außenministers Yoriko Kawaguchi, er werde die Internationale Kommission für nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung (*International Commission on Nuclear Non-Proliferation and Disarmament*) mitleiten. WILPF begrüßt außerdem die Schaffung dieser Kommission durch den australischen Premierminister Kevin Rudd, der den Aufbau dieser Kommission ankündigte, nachdem er Hiroshima als erster westlicher Staatsführer besucht hatte.

In ihrem philosophischen Text zu Gewalt sagt Hannah Arendt, „die Mittel, die genutzt werden, um politische Ziele zu erreichen, sind in den meisten Fällen von größerer Relevanz für die zukünftige Welt als für das beabsichtigte Ziel.“ Keine Anzahl an Kernwaffen in den Händen von welcher Anzahl oder Typ Regierung oder Menschen auch immer kann gegen ihre Anwendung schützen; die Nutzung von Kernwaffen kann nicht ohne katastrophale Folgen für die gesamte Menschheit erfolgen. Das Versprechen der Atomwaffen ist nicht eines der Sicherheit, sondern der Zerstörung, Militarisierung, Angst und Unsicherheit. Die einzige akzeptable Anzahl ist Null. Weitere Informationen über die Arbeit der WILPF zur nuklearen Abrüstung finden Sie unter: www.reachingcriticalwill.org.



Anhang 2

Erklärung der WILPF zur Situation in Georgien vom 15. August 2008

Generalsekretariat - Susi Snyder - Women's International League for Peace and Freedom

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Women's International League for Peace and Freedom/WILPF) bedauert den gewaltsamen Konflikt in Georgien und begrüßt das von der Europäischen Union verhandelte Waffenstillstandsabkommen. WILPF ersucht die Beteiligten bei allen Verhandlungen die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu beachten.

Die internationale Gemeinschaft und internationalen Organisationen haben es unterlassen, den zivilen Wiederaufbau von Georgien nach den Feindseligkeiten Anfang der 90er Jahre zu unterstützen. Die aktuellen Feindseligkeiten haben die für das Überleben der Bevölkerung notwendige Infrastruktur zerstört. In der Region leben bereits hunderttausende Vertriebene und der Konflikt hat und wird sogar noch mehr Menschen vertreiben.

Der anhaltende Verkauf von Militärgütern und Militärtechnologien in der Region führt dazu, dass Menschen ihre Waffen anstatt ihrer Stimme erheben. WILPF fordert einen sofortigen Stopp aller Waffentransporte in diese Region. Dem Stockholmer Institut zur internationalen Friedensforschung (Stockholm International Peace Research Institute/SIPRI) zufolge befindet sich Georgien unter den Top Ten der Länder mit den höchsten Militärausgaben. (SIPRI Jahrbuch 2007, Tabelle 8A.4., Seite 317) Die anhaltende Militärausrüstung heizt regionale Spannungen an und führt zu militärischen Reaktionen statt zu Dialogen.

Nach Angaben von Human Rights Watch besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass Streumunition (Cluster Munition) in dem Konflikt eingesetzt wurde. Der Einsatz dieser unkontrollierbaren Waffen wird die Zahl der Todesopfer erhöhen, wenn und falls die vertriebenen Menschen zurückkehren. WILPF fordert, dass eine unabhängige UN-Untersuchung in diesem Gebiet vorgenommen wird und dass Georgien und Russland die volle Verantwortung für die Entsorgung aller explosiven Überreste des Krieges übernehmen.

Die georgianische Bevölkerung leidet unter dem anhaltenden geopolitischen Kampf in der Kaukasusregion. Daher sieht WILPF die Kontrolle über die Rohstoffe, insbesondere über die Britische Ölpipeline, die zwischen dem Schwarzen Meer und den kaspischen Ölfeldern verläuft, als eine mögliche zugrundeliegende Ursache der derzeitigen Konflikte an und ist der Ansicht, dass Verhandlungen eines Friedensabkommens eine regelnde Vereinbarung zur Zukunft der Pipeline beinhalten muss.

WILPF würdigt die Arbeit der zahlreichen Frauenorganisationen in der Region, zu denen Frauen aus Abchasien, Georgien, Ossetien und Russland gehören, zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die UN-Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit des UN-Sicherheitsrates und die Aktionsplattform von Beijing. WILPF ruft die Regierungen von Georgien und Russland dazu auf, diese Gruppen in die Verhandlungen eines langfristigen und nachhaltigen Friedensplans einzubeziehen.